

mung im Triebwerk – ereilt worden. Dabei kommt es, besonders gefährlich in geringer Flughöhe, zu einer Art Fehlzündung, als wenn sich das Triebwerk „verschluckt“. Ursache dafür könnte eine falsche Verstellung der Leitschaukeln sein, die im Normalfall für eine saubere Zuführung der Luft an die Verdichter sorgen.

Die Untersuchung der Trümmer wird es erweisen. Dutzende blauuniformierter Gendarmen kämmten schon bald nach dem Absturz im Umfeld des Wracks die Grasflächen durch. Sie suchten nach abgesprengten Brocken von Triebwerkteilen.

ATOMENERGIE

Sau im Dorf

Atomskandal in Obrigheim: Der dienstälteste Reaktor der Republik läuft seit mindestens 13 Jahren ohne Dauerbetriebsgenehmigung.

Hitzig wehrte sich Baden-Württembergs Wirtschaftsminister Martin Herzog gegen die „juristische Beckmesserei“ und diese „feine, filigrane Art“, mit dem Gesetz umzugehen. Wo die Grünen glaubten, „den Behörden am Zeug flicken zu können“, entrüstete sich der CDU-Mann, „da dreht man jedes Wort dreimal herum“.

Geradezu albern kam es auch seinem Parteikollegen Werner Baumhauer vor, was grüne Parlamentarier da im Februar 1987 zum „unheimlichen Skandal“ hochzuspielen versuchten. Über die „Sicherheit unserer Kernkraftwerke“ zu sprechen, sei er jederzeit gern bereit, „aber manchmal ist die Schraube nicht im Kernkraftwerk locker, sondern in manchen Gehirnen“.

Grund für die Wortschlacht im Stuttgarter Landtag war der Antrag der Öko-Partei, den Atom-Oldtimer Obrigheim am Rande des Odenwalds sofort abzuschalten. Ihren Vorstoß hatten die Alternativen mit einem schockanten Argument gewürzt: Der 345-Megawatt-Meiler, so ihre Behauptung, habe überhaupt keine gültige Betriebsgenehmigung und speise seinen Atomstrom illegal ins Netz.

Den Tadel wollte Herzog nicht gelten lassen. In Obrigheim sei alles „rechtlich in Ordnung“, konterte er, und der politische Gegner betreibe hier ein „übles Spiel mit der Angst“.

Solcherart plattgebügelt, stellten die grünen Abgeordneten im Juni 1987 Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Mosbach. Ihrer Meinung nach hätten die Regierungsbehörden schwer gemau-schelt und geduldet, daß der Meiler gleichsam wie ein Auto „20 Jahre mit rotem Nummernschild“ gelaufen sei.

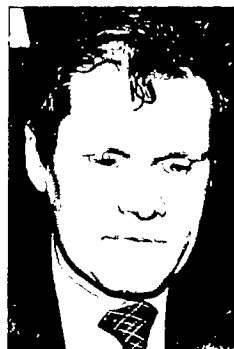
Jetzt, zwei Jahre nach der erregten Debatte, können die „Kronjuristen“

(Baumhauer polemisch über die Grünen) triumphieren. Letzten Donnerstag legte die Fraktion ein Rechtsgutachten der Staatsanwaltschaft vor, das ihre Vermutung voll bestätigt. Auf geradezu kuriose Weise wurde Obrigheim vom Anfahr- und Probetrieb in den Dauerbetrieb hinübergemogelt. Das „Pionierprojekt“ (Herzog) deutscher Atompolitik steht rechtlich auf tönernen Füßen.

Auf 55 Seiten zählt der Freiburger Rechtsprofessor Rainer Wahl Verstöße gegen das Atomrecht auf und hält der Landesregierung schwere Verfahrensfehler bei Inbetriebnahme des Uranmeilers vor. „Eine Genehmigung für den dauerhaften Betrieb“, so sein Urteil, „wurde nicht erteilt.“

Durch einen Tip des TÜV Baden hatten die Alternativen Wind von der ominösen Rechtslage bekommen. Dem 1968 fertiggestellten AKW-Veteran, wurden zwar zwei Teilbetriebsgenehmigungen (TBG) mit insgesamt acht Nachträgen ausgestellt, bis heute aber fehlt der Betreibergesellschaft die erforderliche Erlaubnis für einen dauerhaften Betrieb der Anlage. Die wurde, kommentiert Gutachter Wahl, möglicherweise „schlicht vergessen“.

Als „unglaublicher Schlamperladen“ (so der Grünen-Sprecher) entpuppte sich dabei das zuständige Wirtschaftsministerium. 16 Jahre lang stellte die Behörde Genehmigungen und Nachträge zu Genehmigungen aus, türmte Aktenstöße und verhedderte sich im „Unübersichtlichen“ (Gutachten). Zum Schluß schienen die Beamten selbst nicht mehr durch-



zublicken. Anstatt sich an den festgeschriebenen „Inbetriebnahmeplan“ zu halten, drifteten sie immer mehr auf diffuse Schleichwege ab.

Bisher hatte Herzog alle Unstimmigkeiten vom Tisch gewischt und den Grünen vorgeworfen, sie wollten „jede Woche eine neue Sau durchs Dorf treiben“. Einer Dauergenehmigung, belehrte er seine Gegner, bedürfe es „verbaliter nicht“, die ergebe sich bereits aus der Summe der Teilgenehmigungen. „Man darf da nicht auf den Wortlaut abheben“, wußte einer seiner Getrauten.

Zuerst lief alles noch nach Plan. Nach einer ersten TBG im Dezember 1967 wurde dem Betreiber im September 1968 erlaubt, den Reaktor anzufahren und bei Vollast zu erproben. Diese zweite TBG hielt zugleich ausdrücklich fest, daß die Testläufe „jedoch nicht den Dauerbetrieb“ umfassen. Erst nach erfolgreichen Probelaufen und einer dritten TBG sollte eine „Dauerbetriebsgenehmigung“ erteilt werden.

Von diesem Vorhaben rückten Betreiber und Behörden allerdings stillschweigend ab und regelten alle neuen anmeldepflichtigen Vorgänge im Rahmen von Nachträgen zur zweiten TBG. Diese Erweiterungen, gleichsam Fußnoten eines Haupttextes, führten aber schon bald ein konfuse Eigenleben. Im dritten Nachtrag vom April 1972 fehlt plötzlich jeder Hinweis auf den begrenzten Charakter der bisherigen Teilgenehmigung. Im August 1979, heißt es dann sogar, Obrigheim werde bereits „seit 1968 mit Genehmigung der zuständigen Behörde“ be-



Gutachter Wahl, Atommeller Obrigheim: „20 Jahre mit rotem Nummernschild“

trieben. Die hatte aber de facto nur die zweite TBG für den Testbetrieb ausgestellt. Für Gutachter Wahl eine juristische Luftgeburt: „Bloßes Nichtstun enthält aber keine Regelung.“

An bloße „Vergeßlichkeit“, wie der konservative Rechtsgelehrte Wahl vermutet, wollen die Grünen nicht recht glauben. Nach ihrer Auffassung hätte die Dauerbetriebsgenehmigung mit öffentlicher Erörterung stattfinden müssen. Zudem schreibe das Atomgesetz eine Bekanntmachung im Bundesanzeiger und mindestens einer Tageszeitung vor.

Diesen unbequemen Weg konnte die Regierung durch den Nachtragswirrwarr galant umgehen. Anstatt das AKW offiziell abzunehmen, wurde das Verfahren gleichsam im Kleingedruckten durchgezogen. Eine „inhaltliche Prüfung“ des Dauerbetriebs, rügt das Gutachten, habe schließlich nicht mehr stattgefunden.

Regierungssprecher Manfred Zach sah letzte Woche keinen Grund zur „Dramatisierung“. „Was die Leute einzig interessiert“, sei ja nicht das „juristische Geplänkel“, sondern „ob das Kernkraftwerk sicher ist“ – und daran gebe es überhaupt keinen Zweifel.

Kritiker sehen das anders. Gerade Obrighem weist einen veralteten Sicherheitsstandard auf und würde heute keine Chance mehr haben, ans Netz zu gehen. Seit Jahren ist die „schrottreife Anlage“ (die Grünen) im Gerede:

- ▷ Das AKW ist nicht gegen den Bruch der Hauptkühlmittelleitung ausgelegt. Bei Abriß kann es zur Kernschmelze kommen.
- ▷ Der Stahlbetonmantel des Reaktors ist nur 80 Zentimeter dick. Beim Aufprall eines Phantom-Kampfflugzeugs würde er bersten.
- ▷ Die Anlage ist nicht erdbebensicher.
- ▷ Die zum Bau des Reaktordruckbehälters benutzten Werkstoffe gelten nach heutigen Maßstäben als unsicher – unter Neutronenbestrahlung können sie verspröden.

Der Uran-Oldie mußte 28mal wegen Störungen abgeschaltet werden. 1986 und 1987 ereigneten sich zwei Störfälle der Kategorie „Eilt“. Beim bisher schwersten Defekt im Jahr 1972 zerbarst ein Entwässerungsbehälter und setzte 13 Tonnen radioaktives Wasser frei.

Die Landesregierung wählte sich letzte Woche nach wie vor im Recht. Trotzig ließ sie verlauten, daß der Reaktor, „so wie er jetzt läuft, genehmigt ist“. Ob der zuständige Staatsanwalt dieser Auffassung folgen wird, bleibt abzuwarten. Spätestens Ende August will er entscheiden, ob es zur Anklage kommt. Für den CDU-Abgeordneten Baumhauer ist der ganze Streit eine Spitzfindigkeit: Bei dem überbordenden Atomrechtsverfahren liege es „doch auf der Hand, daß da und dort manchmal eine Ungereimtheit besteht“.

AIDS

Kein Wandel

Beim Welt-Treffen der Aids-Forscher in Montreal überwog der Pessimismus.

Im April 1985 versammelten sich in Atlanta, US-Staat Georgia, 2000 Mediziner, Virologen und Seuchenexperten zur ersten internationalen Aids-Konferenz. Bei rund 10 000 Menschen, davon 200 in der Bundesrepublik, hatten die Mediziner bis zu jenem Zeitpunkt die neuartige Krankheit diagnostiziert, 5000 davon waren dem Leiden schon erlegen. Mindestens 300 000



Aids-Experte Mann*
„Die neunziger Jahre werden schlimmer“

Menschen weltweit, so läßt sich heute rückrechnen, waren zu diesem Zeitpunkt mit dem Erreger der Seuche infiziert.

Letzte Woche traf sich im kanadischen Montreal die auf 10 000 angewachsene Schar der Experten zur 5. Internationalen Aids-Konferenz. Doch einzig was die Behandlung der akuten Erkrankung angeht, vermochten die Forscher gedämpften Optimismus zu verströmen. Wo es um die Ausbreitung der Krankheit oder gar die Aussichten auf ihre Verhinderung durch einen Impfstoff ging, blieb das Aids-Gemälde düster.

„Die Ausbreitung der HIV-Infektion“, so formulierte es Dr. William R. Hende von der amerikanischen Ärztevereinigung AMA, „ist sowohl in den Vereinigten Staaten wie in anderen Teilen der Welt außer Kontrolle.“ Und Jonathan Mann, Leiter des Aids-Programms der

* Bei der Eröffnung des Kongresses in Montreal.

Weltgesundheitsorganisation (WHO), sagte voraus, „die neunziger Jahre werden schlimmer, vielleicht sehr viel schlimmer als die achtziger“. Schon zur Jahrtausendwende könnte es nach den Hochrechnungen der WHO weltweit über fünf Millionen Aids-Fälle mit vollentwickeltem Krankheitsbild geben.

Bislang wurden in der Bundesrepublik rund 3000 Fälle von Aids registriert. 31 000 Bundesbürger, so ergab die Auswertung anonymisierter Blutproben, sind mit Sicherheit HIV-infiziert, doch tatsächlich dürfte die Zahl der HIV-Infizierten in Westdeutschland zwischen 60 000 und 100 000 betragen. Diese Zahlen entsprechen exakt den vor wenigen Jahren noch als „Panikmache“ abgetanen Hochrechnungen.

Auch in den übrigen europäischen Ländern, die DDR ausgenommen, kann von einem Abflachen der Seuchenkurve noch keine Rede sein. In den USA hat die Zahl der seit 1981 registrierten Aids-Kranken die 80 000 bereits überschritten, zwischen 1,0 und 1,5 Millionen Amerikaner sind mit dem Aids-Erreger infiziert – da nur ein kleiner Teil der Betroffenen um seine Situation weiß, eine geradezu ideale Basis für die weitere Ausbreitung der Krankheit.

In der WHO-Zentrale in Genf, wo die Aids-Meldungen aus 155 Ländern addiert werden, steht der letzte Count auf über 160 000. In Wahrheit freilich, so der WHO-Experte Mann in Montreal, liege die Zahl wahrscheinlich doppelt, wenn nicht gar dreimal so hoch – bei vielen würde die Krankheit falsch diagnostiziert oder die Aids-Diagnose würde nicht weitergemeldet. In einigen Ländern, etwa Thailand, Indien oder Westafrika, so

Mann, sei in jüngster Zeit eine „besorgniserregende Zunahme von HIV-Infektionen“ beobachtet worden. In Bangkok seien beispielsweise nun schon 40 Prozent der Drogensüchtigen mit dem Virus infiziert, noch vor zwei Jahren habe nur jeder 100. Fixer im Test positiv reagiert.

Ein im doppelten Sinne Leid-Tragender aus der Dritten Welt, Sambias Präsident Kenneth Kaunda, der einen Sohn an der tödlichen Immunschwächekrankheit verlor, zeichnete in seiner Rede vor den Delegierten in Montreal schon das Schreckensbild entvölkerter Landstriche in Afrika, wenn nicht bald Heilmittel gegen Aids gefunden werden.

Während in den Industrieländern die Krankheit noch immer weitgehend auf die Risikogruppen – Homosexuelle, Drogenabhängige und die durch verseuchte Medikamente infizierten Bluter – beschränkt ist, wird aus dem karibischen Raum ein dramatischer Anstieg